Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 6.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

4. Februar 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Wahlfonds-Quittung.

Zum Widerstand bis zum „letzten Mann und letzten Groschen weiter erhalten:

NUG. (öwfl. 7 30) Mk. 11 68. Ph. Krsch. Manchester 2 08. Arb.-Ver. „Frohsinn" Davosplatz (Fr. 28 —) 22 40, Glück auf zum Kampf für Freiheit und Recht! Lindwurm (öwfl. 25 —) 40 —. Dtschr. Ver. Basel (Fr. 20 —) 16 —. Pasq. Mgtl. Benevento (5 —) 4 — zum Widerstand gegen den Bismarck'schen Staatsstreichversuch. Lüttich (20 —) 16 — ein Scherflein von Wenigen. Verden 50 —. Allgem. Arb.-Ver. Olten (20 —) 16 —. Von 7 S. in Davosplatz (5 —) 4 —. Dtsche. Soz. Luzern d. N. F. (30 —) 24 —. Mannheim II durch Bff. 2 30 u. v. M. 43 89. B. d. unselbständigen Charakter aus K. a. B. (5 —) 4 —. Paul Elch. Samaden (4 —) 3 20. Allgem. Arb.-Ver. Zug (58 50) 46 80. Wenigman's Cigarrenshop Newyork (12 Doll.) 48 60 durch R. Berggren. — Sektion Buffalo (25 Doll.) 101 78 d. Gen. i. Reich zur Anfeuerung und Bismarck zum Trotz. Enrico (50 —) 40 — von einem der Höchsten — über dem Meeresspiegel. La Villette Paris (100 —) 80 —. Dtschr. Ver. Vevey (50 —) 40 —. J. Petzler, Kensington (20 —) 16 — zur Stärkung des Widerstandes. Von der Administration des „Sozialdemokrat" (Fr. 2500 —) Mk. 2000 — dritte Rate.

In Nr. 5 quittirt: Mk. 7583 19.
Aus Amerika v. d. soz. Arbeiterpartei (Fr. 10,000) Cours „ 8019 25.
Oben (bis zum 1. Februar) quittirt „ 2631 73.

Insgesammt: Mk. 18,234 17.

Die Administration des „Sozialdemokrat".

***

Berichtigung.

In Nr. 5 sind quittirt unter: E. G. Bkried: (Fr. 5. —) Mk. 4. —, statt (Fr. 3. —) Mk. 2. 40; Schwanden: Fr. 14. —, statt Fr. 11. —; Vevey: Fr. 40. —, statt Fr. 50. —. Demnach ist die Addition (unter „Oben") statt auf Mk. 2860 79, nur auf Mk. 2859. 19 zu verlautbaren und sind „Insgesammt" statt Mk. 7584. 79 nur Mk. 7583. 19 eingegangen.

Das allgemeine Wahlrecht und die Arbeiterklasse.

Mit Recht wird in dem Wahlaufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf hingewiesen, daß der Ausfall der bevorstehenden Reichstagswahl auch verhängnißvoll werden kann für das allgemeine Wahlrecht. Die Elemente, welche unter der Parole: „Für das Militärsepennat!" heute den Bismarckbrei bilden, sind sammt und sonders erklärte Gegner des allgemeinen Wahlrechts, und Bismarck selbst wird demselben mit Vergnügen den Garaus machen, sobald sich ihm eine günstige Gelegenheit dazu darbietet. Der Diäten-Seiher und Bismarckspenden-Verschlucker ist von seiner ehemaligen Schwärmerei für das allgemeine Wahlrecht längst geheilt. Dieselbe hielt nur solange vor als die Hoffnung bestand, mittels desselben ein gefügigeres Parlament zu erhalten als das, auf Grund des „elendesten aller Wahlgesetze" gewählte preußische Abgeordnetenhaus.

Das ist nun heute bekanntlich weder möglich noch auch nöthig. Das Dreiklassenwahlsystem „arbeitet" in einer so unübertrefflichen Weise für die Erzielung regierungsfreundlicher Wahlen, daß es eine wahre Freude ist, und daß Bismarck, als echter Erfolgspolitiker ohne Grundsatz und Charakter, es am liebsten auch für den Reichstag einführen möchte. Seine lahmen Verwahrungen im preußischen Abgeordnetenhause gegen irgend einen beabsichtigten Streich wider das allgemeine Wahlrecht hat kein vernünftiger Mensch für baare Münze genommen. So etwas zieht nach den Erfahrungen mit den Getreidezöllen 2c. nicht mehr, zumal heute ein Jeder weiß, was gouvernemental und apportiren bedeutet.

Auf jedes Nationalparlament verzichten, geht einfach nicht an. Es handelt sich also für Bismarck darum, demselben den Stachel der Selbständigkeitsgelüste auszuziehen, sei es durch möglichste Herabdrückung seines Budgetrechtes, sei es durch eine solche Aenderung des Wahlsystems, die ihm den Charakter einer wirklichen Volksvertretung für immer nimmt.

Am liebsten natürlich durch Beides. Ueber das Wie der Durchführung dieser saubern Pläne wollen wir uns nicht in weitläufige Vermuthungen einlassen. Daß sie bestehen, darüber kann nach den Ausplaudereien verschiedener Offiziösen und der unausgesetzten Stimmungsmache in der gesammten Ordnungspresse kein Zweifel obwalten. Grund genug, die Wähler zu warnen und auf die Konsequenzen ihres diesmaligen Votums aufmerksam zu machen, den Arbeitern zuzurufen: seid auf Eurer Hut, man will Euch bestehlen!

Welche Aenderungen mit dem Wahlrecht auch Seitens der Feinde der Arbeiterklasse geplant sein mögen, immer werden sie darauf hinausgehen, dasselbe so zu verändern, daß es für die Arbeiter zur selbstständigen Benutzung untauglich wird. Es ist das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe, dem sie den Krieg erklärt haben.

Sie wissen wohl, warum. Anstatt wie Bismarck wähnte, sich als ein Mittel seiner Regierungsdemagogie zu bewähren, ist es in den Händen der deutschen Arbeiter immer mehr zu einer Waffe geworden, die ihnen im Kampf für ihre Emanzipation überaus wirksame Dienste leistet, zu einem wirklichen Hebel der sozialen Revolution.

Das Wort möchte manchem als übertrieben erscheinen, aber wir schreiben es mit vollem Bewußtsein seiner Tragweite nieder. Selbstverständlich hat auch das allgemeine Wahlrecht seine großen Mängel, und man müßte wirklich sehr kurzsichtig sein, um sie nicht sehr bald herauszufinden. Aber wo gäbe es eine politische Einrichtung, die absolut vollkommen wäre? Wo ein politisches Recht, das nicht bei falscher oder ungenügender Handhabung sich als wirkungslos erwiese oder gar schädlich wirkte?

Es ist ein oft in's Feld geführter Vergleich, aber wir wollen ihn dennoch hier wiederholen: Diejenigen, welche das Wahlrecht verwerfen, weil es nicht allen Erwartungen entsprochen, welche sie an dasselbe geknüpft, gleichen dem Manne, der sein Rasirmesser wegwarf, weil er sich einmal damit geschnitten. Die Benutzung des Wahlrechts muß, wie die jeder anderen Waffe, überhaupt jeden Instruments, erst erlernt, durch wiederholte Uebung erlernt werden. Und fernerhin darf man von dem Wahlrecht keine Wunderdinge erwarten. Es kann nicht ein Etwas aus dem Nichts hervorzaubern, es kann nicht da Sozialisten schaffen, wo bislang keine Agitation stattgefunden oder der Boden für solche fehlt, es kann nur als Gradmesser dienen für Kräfte, die vorhanden sind, nur demjenigen als Waffe nutzen, der es zu benutzen versteht.

Das allgemeine Wahlrecht, unter welchem Ausdruck wir selbstverständlich stets das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe verstehen, gibt der Arbeiterklasse Gelegenheit, ihren Willen in deutlichster Weise zum Ausdruck zu bringen. Wo dieser Wille nicht vorhanden oder in falsche Bahnen gelenkt worden ist, oder wo durch gewandte Demagogen die Arbeiter sich ihre Stimmen abschwindeln ließen, wird natürlich das Wahlresultat den wirklichen Interessen der Arbeiter nicht entsprechen, aber das ist bei jeder Waffe des politischen Kampfes zu gewärtigen, und hört in dem Maße auf, als bei den Massen ein klar bewußter Wille vorhanden ist. Und gerade das Wahlrecht trägt bei öfterer Handhabung dazu bei, diesen Willen immer mehr zu wecken.

Das allgemeine Wahlrecht legt den Schwerpunkt der politischen Entscheidungen immer mehr in die Hände der Massen und trägt von selbst, durch die zwingende Logik der Thatsachen, dazu bei, diesen ihre Macht zum Bewußtsein zu bringen. Das Bewußtsein der politischen Bedeutung ist aber ein gewaltiger Faktor im öffentlichen Leben. Sobald der Arbeiter erst weiß, daß auf seine und seiner Kameraden Stimme es wirklich ankommt, wird er mit viel größerem Selbstbewußtsein auftreten und viel mehr Interesse den Fragen der Zeit entgegenbringen, als so lange er sich rechtlos fühlte, wird er zu fordern lernen; während anderseits sich alle Parteien gezwungen sehen, den Arbeitern Rechnung zu tragen, ihnen Konzessionen, Versprechungen zu machen. Die bürgerlichen Parteien selbst müssen oft bei den Arbeitern, um sie zu gewinnen, Bestrebungen hervorrufen, denen sie thatsächlich weder entsprechen wollen noch können, und sich auf diese Weise ihr Grab selber graben. Das ist es, was das Wahlrecht ihnen so verhaßt, den wirklichen Kämpfern für die Arbeitersache aber um so werthvoller macht.

Bei jedem neuen Wahlkampf zeigt sich die Nothwendigkeit, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen, stärker, sobald die Arbeiter überhaupt erst gelernt haben, zu wollen und ihrem Wollen entsprechend zu handeln. Mit jedem neuen Wahlkampf aber werden auch die Arbeiter darauf hingewiesen, daß sie das Recht und die Pflicht haben, einen Willen zu besitzen.

So erweist sich das Wahlrecht, wider den Willen seiner Urheber, als ein überaus geeignetes Mittel zur politischen Erziehung des Volkes. Eingeführt, um den Demagogen ihr betrügerisches Handwerk zu erleichtern, erschwert es ihnen dasselbe immer mehr. Das Volk nimmt schließlich die Betrüger beim Wort.

Daher auch in den Reihen der Letztern der Ruf nach Verlängerung der Legislatur-Perioden. Es ist die Sehnsucht des armen Sünders nach Verlängerung der Galgenfrist oder, um ein anderes Bild zu gebrauchen, die Sehnsucht des Bankrotteurs nach Hinausschiebung des Zahlungstermins.

Diesen zu beschleunigen, erfordert aber selbstverständlich das Interesse der Arbeiter. Und darum müssen sie jeden Versuch, das Wahlrecht zu schmälern, als einen gegen sie geführten Angriff betrachten, als ein Manöver, hinter dem das Bestreben lauert, ihre sozialen Forderungen hintanzuhalten.

Die Befreiung der Arbeiterklasse ist nur dadurch möglich, daß diese zum maßgebenden politischen Faktor wird. Die systematische Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechtes ist der sicherste Weg dazu, sie ist die Erziehung zur politischen Herrschaft. Auf dieses Mittel verzichten, ohne dem Volk ein besseres, dessen Wirkungen erprobt sind, bieten zu können, heißt einen Verrath an der Sache der Emanzipation der Arbeiter begehen.

Und grade in diesem Moment, wo der Kampf um das Wahlrecht bevorsteht, wo die schleichende Niedertracht demselben Fallen zu stellen sucht, heißt es mit doppelter Zähigkeit an ihm festhalten. Das Wort des Dichters „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre" übersetzt sich in diesem Falle in das Wort: Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein Alles setzt an seine Rechte.

Kein Titelchen von seinen Rechten preisgeben, das muß der erste Grundsatz jedes Volkes sein, das sich selbst achtet.

Grade weil unsere Feinde, die fanatischen Widersacher der Arbeiteremanzipation, das Wahlrecht hassen und zu beseitigen streben, grade darum halten wir um so fester an demselben.

Das Wahlrecht hoch! ist die Parole.

Deutsche Arbeiter! Ihr habt gezeigt, daß ihr den Werth des Wahlrechts zu schätzen wißt. Seid daher doppelt auf dem Posten, wo man es Euch entreißen will. Fahrt mit doppelter Energie fort, es zur Geltendmachung Eurer Forderungen zu benutzen, schwingt die Waffe, die ihr so trefflich zu handhaben gelernt, mit doppelter Wucht.

Und dann laßt es darauf ankommen, ob Eure Feinde es wagen werden, Eurem ausgesprochenen Willen entgegen, mit Maßnahmen gegen das Wahlrecht vorzugehen.

Aus Italien.

Mailand, den 22. Januar 1887.

Endlich, nach siebenmonatlicher Untersuchung, haben hier die Schwurgerichtsverhandlungen gegen die Mitglieder des Zentralvorstandes der italienischen Arbeiterpartei begonnen. Das Urtheil wird aber jedenfalls noch weitere vierzehn Tage auf sich warten lassen, da zirka 130 Zeugen vernommen werden müssen.

Wie den Genossen wohl noch bekannt sein wird, wurde die Partei am 23. Juni v. J. plötzlich durch ein ministerielles Dekret aufgelöst und eine Anzahl ihrer Mitglieder verhaftet. Die Untersuchung wurde geführt auf Grund des berüchtigten Verbrecher Assoziations-Paragraphen, welcher die Mitglieder von Assoziationen, welche Mord, Plünderung und Brandstiftung zum Zwecke haben, mit lebenslänglichem Zuchthause bedroht. Auf den ersten Blick erscheint es vielleicht wenig verständlich, inwiefern die Mitglieder der Arbeiterpartei mit einem derartigen Gesetzes-Paragraphen in Berührung gebracht werden können. Aber das kommt zunächst daher, weil wir Arbeiter zu wenig „Bildung" besitzen und der scharfen Logik der Herren Advokaten und Minister nicht zu folgen im Stande sind.

Die Sache ist auch ganz einfach: die Mitglieder der Arbeiterpartei machen aus ihren sozialistischen Gesinnungen keinen Hehl, der Sozialismus aber ist ohne Gewalt, d. h. ohne Mord, Plünderung und Brandstiftung nicht durchführbar, weil Wir, die gegenwärtigen Machthaber, nie anderm als der Gewalt weichen werden, ergo: ihr wollt die Gewalt und gehört als „malfattori" (Verbrecher) ins Zuchthaus.

So ungeheuerlich es auch klingen mag, so haben doch schon thatsächlich verschiedene Verurtheilungen von Sozialisten auf Grund obiger „Logik" stattgefunden, und sehr zahlreich sind die Fälle, wo die Genossen in Gruppen von 20 und 30 jahrelange Untersuchungshaft ertragen mußten, und erst infolge von freisprechenden Urtheilen der Geschwornengerichte ihre Freiheit wieder erlangten.

In diesem Falle sollte es nun allerdings doch etwas anders kommen. Die öffentliche Meinung, besonders in Mailand, war stark für die Angeklagten eingenommen, so daß selbst Regierungsblätter, wie der „Corriere della Sera", das Vorgehen der Regierung unverständlich fanden. Nach dreimonatlicher Haft wurden sämmtliche Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt mit der Erklärung, daß keine Verbrecher-Organisation vorliege. Das Dekret der Auflösung der Arbeiterpartei blieb aber nichtsdestoweniger bestehen, und 6 der aus der Haft Entlassenen wurden dem Schwurgericht überwiesen, um sich wegen „aufreizender Reden" zu verantworten. Unser Genosse Kerbs aber, einer der eifrigsten Genossen und Mitbegründer des Parteiorgans „Il Fascio Operajo" und der Partei überhaupt, wurde, weil Ausländer, aus Italien verwiesen.

Die Regierung wollte die junge Partei in ihrer Entstehung vernichten. Sämmtliche Sektionen derselben, die besonders in Oberitalien zahlreich waren (im Ganzen 133 mit ca. 25,000 zahlenden Mitgliedern), wurden aufgelöst und ihre Gelder, Fahnen und Schriften mit Beschlag belegt. Viele Mitglieder, besonders in Turin, wurden wie gemeine Verbrecher unter Polizeiaufsicht gestellt und auf diese Weise für immer ruinirt. Daß dasselbe nicht auch in Mailand geschah, verdanken die hiesigen Genossen nur dem energischen Auftreten des Advokaten Filippo Turati, eines jungen, tapfern, warmfühlenden und überzeugten Genossen, der, als drei unserer Genossen, Arbeiter, die Einladung erhielten, sich dem Polizeidirektor vorzustellen, um die schändliche „Ammonizione" zu empfangen, einen flammenden Aufruf an alle noch nicht ganz versumpften Angehörigen der Bourgeoisie erließ, mit ihm ein Vigilanzkomite zu bilden, um die rechtlosen Arbeiter gegen die infamen Uebergriffe einer freiheitsfeindlichen Regierung zu schützen.

Der Aufruf that seine Wirkung insofern, als die Verwarnung unserer Genossen unterblieb. Wenn aber die Regierung glaubte, durch ihr infames und brutales Vorgehen Schrecken und Verwirrung in unsere Reihen zu bringen, so hat sie sich gewaltig getäuscht. Die Partei ist allerdings aufgelöst, aber ihre Prinzipien breiten sich nichtsdestoweniger immer mehr aus. Schrieb doch dieser Tage ein Bourgeoisblatt, die hiesige „Italia", daß bei einer Verurtheilung die heutigen Angeklagten der Wahl in das Parlament sicher sein können. Und das können sie allerdings, aber nicht nur im Falle einer Verurtheilung, sondern auf jeden Fall. Das wäre aber auch sehr zu wünschen, damit die Partei endlich eigene, weithin sichtbare und von der Regierung unantastbare Vertreter erhalte.

Am schändlichsten von allen Parteien haben sich, wie das auch nicht anders zu erwarten war, die „Demokraten" gegen uns benommen. Doch hierüber, sowie über den Verlauf des Prozesses berichte ich das nächste Mal.

Allen Genossen jenseits der Alpen, die, wie wir, gegen Willkür, Ungerechtigkeit und Gewalt kämpfen, entbiete ich im Namen der italienischen Sozialisten meinen brüderlichen Gruß!

Es lebe die internationale Revolution!

Un malfattore.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 2. Februar 1887.

— **Die Wahlschlacht** — schreibt man uns aus Deutschland — **ist in vollem Gang.** Wie sich von selbst versteht, bietet der Junker Bismarck Alles auf, um sich eine Mameluken-Majorität zu sichern. Und da dies auf geradem Wege nicht möglich, so wird's auf krummem versucht. Verriethe er seine wahren Ziele: unbeschränkte Ausraubung des Volks, Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, Schaffung eines säkaristischen Absolutismus, in dem der Reichstag nur als Jalage-Maschine figurirt — dann würde natürlich mit Ausnahme seiner Mitraubjunker und sonstigen Gelichters dieser Art kein Mensch für ihn und sein System stimmen. Es bedarf also einer Maske. Schade nur, daß eine passende nicht leicht zu finden ist.

Das „kaiserliche Heer" als Gegensatz des „Parlamentsheers" zog nicht. Es war ein zu lächerlicher Wahlruf. Die Richter, Rickert und Konsorten als Nachfolger Cromwells an der Spitze eines streitbaren Heers, welches die Feinde der Verfassung niederzuschmettern und den Monarchen auf's Schaffot zu schleppen hat — das war so absurd, daß selbst kein pommerscher Bauer daran geglaubt hätte. Dieser Wahlruf verfing also nicht.

Es gab nur ein Mittel, die Wähler so hirntoll zu machen, daß sie auf den Bismarck'schen Leim gingen — und das war ein „Krieg in Sicht". Nur das Kriegsgespenst, wo möglich im Bund mit dem Rothen Gespenst, konnte hier helfen.

Aber zum Unglück passirte es dem Blut- und Eisenmann, daß er in seiner Reichstagsrede zur zweiten Lesung der Militärvorlage einmal die Wahrheit sagte, und in der denkbar positivsten Form die europäische Lage als eine durchaus friedliche hinstellte. Hiermit war auf einmal den „entrüsteten" Patrioten der Boden unter den Füßen weggenommen, und mit der Anklage, die Abgeordneten der Reichstagsmajorität hätten die nothwendigen Mittel zur Vertheidigung des bedrohten Vaterlands verweigert, ließ sich nichts mehr ausrichten. Es mußte deshalb etwas anderes ersonnen werden. Doch das war leichter gedacht als gethan. In seiner Verlegenheit gerieth Bismarck auf den nicht ungewöhnlichen Ausweg, sich von seinen eigenen Leuten dementiren zu lassen, und in der in- wie ausländischen Presse auszusprengen, ER — der große Otto — habe durch seine rosigen Schilderungen nur einen diplomatischen Triumph, nämlich die momentane Beschwichtigung des „Bäterchens" an der Newa, erreichen wollen — in Wirklichkeit sei die Lage sehr schlimm, und müßten wir jeden Augenblick auf einen Weltbrand gefaßt sein. Und zur Unterstützung dieses offiziösen Manövers wurden dann sofort Dutzende von kriegerischen Nachrichten ausgeheckt. Die Franzosen bereiteten Alles zu einem Einfalle in Deutschland vor, sie errichteten Lager an unserer Grenze, und kauften — o des Hohns — die Bretter für die Lager-Barracken bei uns Deutschen; sie kauften Pikrin und Schwefelsäure in Deutschland, um die Melenitbomben zu füllen, mit denen die vom Reichstag unbeschützt gelassenen deutschen Spieß- und anderen Bürger in Fetzen zerrissen werden sollten; sie kauften Pferde in Deutschland auf, um die zur Untersuchung Deutschlands bestimmten Horden beritten zu machen — ein Pferdeausfuhrverbot werde nächstens ergehen müssen — und wie sonst die haarsträubenden Alarmnachrichten alle lauten mochten. Den Angstmeiern beiderlei Geschlechts — und das sogenannte starke ist noch zahlreicher vertreten als das sogenannte schwache — wurde es schon ganz bänglich zu Muthe, trotz der Mahnungen der nicht reptilifirten Presse, daß diese Alarmnachrichten nur gemeine Wahlmanöver seien. Da wurde das hübsche Spiel durch die sprichwörtliche Ungeschicklichkeit der Bismarck'schen Preßhusaren wieder verdorben: in ihrem Uebermuth schrieben sie in ein englisches Blatt, welches in Bezug auf den Reptilthaler dem Grundsatze des non olet folgt: die Rüstungen der französischen Regierung hätten in Berlin einen so üblen Eindruck gemacht, daß Fürst Bismarck von der französischen Regierung Aufklärungen verlangt habe. Und diese Notiz wurde derartig aufgeputzt, daß jeder Nichteingeweihte ihr einen offiziösen Charakter beilegen mußte. Die Wirkung war auch eine große. Mancher, der bisher gezweifelt hatte, fing an, die Situation für bedenklich zu halten — die Wahlaktien der Regierung waren entschieden im Steigen. Allein leider wirkte die Nachricht auch nach einer Seite hin, an welche die Preßhusaren nicht gedacht hatten. In Paris nahm man die Sache ernst und stellte an die Reichsregierung das freundschaftliche Ersuchen, die — natürlich erlogene — Nachricht autoritativ für falsch zu erklären, damit die öffentliche Meinung der beiden Länder sich wieder beruhige. Und Fürst Bismarck, der vor die fatale Wahl gestellt war, entweder vor Europa als der Friedensstörer dazustehen, oder sein eigenes Wahllügennetz zu zerreißen — zog klugerweise das letztere vor, und dementirte seine Preßhusaren, d. h. sich selbst, in seinem Pindterorgan. Was beiläufig noch nicht dagewesen ist.

Und das war nicht genug des Mißgeschicks. Sein Finanzlakai Scholz ließ sich im Landtage von Windthorst aufs Eis locken, und machte sehr kompromittirende Geständnisse in Bezug auf die geplanten Monopole. Um diese Betise wieder gut zu machen, inszenirte Junker Otto einen jener parlamentarischen Theaterkoups, die wir schon auswendig kennen — er ließ irgend einen Strohmann eine Debatte beginnen, erschien dann als deus ex machina, und — hielt eine vorbereitete Rede. Es sei falsch, was man ihm bezüglich des Schnaps- und des Tabaksmonopols unterschiebe u. s. w. Von der auswärtigen Lage kein Wort. Das französische Ersuchen um Widerlegung der Lügennachricht war gerade angelangt, und das gewünschte Dementi schon beschlossen — unter solchen Umständen ließ sich auch bei dem besten Willen keine chauvinistische Hetzrede halten. Und die einfache Thatsache, daß Fürst Bismarck in einer, mitten im Wahlkampf gehaltenen Wahlrede der auswärtigen Politik gar nicht erwähnt, ist der denkbar sicherste Beweis dafür, daß die auswärtige Lage Alles ist, nur nicht bedrohlich. Das Bismarck'sche Wahlspiel ist demnach gründlich verdorben — um so gründlicher, als die Verleugnungen des Schnaps- und Tabaksmonopols an Schärfe und Klarheit sehr viel zu wünschen übrig ließen.

Fast noch schlimmer, wie mit dem Kriegsgespenst, ist es dem Blut- und Eisenmann mit dem Rothen Gespenst ergangen. Während die Sparr'schen Dynamitbomben die einzige Wirkung gehabt haben, Herrn Ihring-Mahlow in Erinnerung zu bringen, hat der Verlauf und Ausgang des Frankfurter Sozialistenprozesses dem herrschenden Polizeisystem, welches den Hauptheil des Bismarck'schen Regierungssystems bildet, einen geradezu betäubenden moralischen Schlag versetzt. Was, so rief ein Jeder aus, sind das die Verbrechen und Verbrecher, um derentwillen vor drei Monaten der kleine Belagerungszustand über drei Wahlkreise verhängt wurde?

Der Thatbestand des Frankfurter Sozialistenprozesses war bekanntlich auch der Thatbestand, auf welchen die Verhängung des „Kleinen" motivirt wurde. Und nun ist durch die Gerichtsverhandlung erwiesen, und der Gerichtspräsident fand sich gedrungen, es ausdrücklich hervorzuheben, daß überhaupt keine umstürzlerische und hochverrätherische Handlungen und Pläne vorliegen. Die Herren Bismarck, Puttkamer und Konsorten, welche zu ihren reaktionären Zwecken den kleinen Belagerungszustand brauchen, sind sonach durch den Frankfurter Sozialistenprozeß und den Spruch der Frankfurter Richter als Lügner hingestellt worden. Ja als Lügner — es gibt kein anderes Wort. Und noch einmal: als Lügner.

In der That kein guter Anfang der Wahlkampagne!

— **Die Schlagfertigkeit,** mit der unsre Genossen in Amerika diesmal in den Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie eingegriffen und sofort, als Antwort auf die Reichstagsauflösung, 10,000 Franken, denen wahrscheinlich noch weitere Sendungen folgen werden, für den Wahlfonds aufbrachten, hat mit Recht überall Bewunderung erregt. Wenn man bedenkt, was alles unsre Genossen drüben im abgelaufenen Jahre geleistet haben, welche Opfer für streikende oder ausgeschlossene Kollegen, für Gemaßregelte und Verurtheilte, für ihre englische und deutsche Presse, für die Liebknecht-Avelingsche Agitationstour, sie gebracht und noch fortwährend bringen, dann wird man uns unbedingt zustimmen, wenn wir sagen, daß der Opfermuth drüben, im „Lande des Dollars", um kein Haarbreit geringer ist als in Deutschland selbst, wo augenblicklich der heißeste Wahlkampf wüthet.

Wir fürchten ein Unrecht zu begehen, wenn wir aus den bei uns bis jetzt eingelaufenen amerikanischen Zeitungen Einzelnheiten herausgreifen wollten. Was geleistet wurde, war, wie uns scheint, nur möglich, weil Alle ihre Pflicht thaten. Die sozialistische Tagespresse und das Parteiorgan der „Sozialist", das Exekutivkomite der Partei wie die Mitglieder derselben — ihnen allen gebührt der Dank — nein, nicht der Dank, denn den würden sie als überflüssig zurückweisen, wohl aber die vollste Anerkennung von Seiten unserer Partei, und soweit wir befugt sind, im Namen derselben zu sprechen, mögen diese Worte ihnen als Dolmetscher dessen dienen, was Hunderttausende deutscher Arbeiter beim Lesen der Depesche der Nationalexekutive der Partei empfunden haben.

Wie erbärmlich stehen gegenüber diesem bewunderungswürdigen Akt ungebrochenen Solidaritätsgeistes die Bismarck, Puttkamer und Konsorten mit ihrem Schandgesetz da. Sie wollten unsere Partei schwächen durch brutale Entziehung von Kräften, durch Ruinirung möglichst vieler Existenzen. Nun wohlan, sie haben Tausende von Existenzen schwer geschädigt, sie haben einen großen Theil unserer thätigsten Genossen, unserer eifrigsten Agitatoren außer Landes, zur Auswanderung getrieben. Und was haben sie erreicht? An die Stelle der Vertriebenen sind sofort neue Kräfte auf den Kampfplatz in der Heimath getreten, die verjagten alten Kämpfer aber haben in der neuen Heimath sofort das Propagandawerk fortgesetzt, und eine neue Armee geschaffen, die jetzt von drüben her ihre kämpfenden Brüder mit Munition versorgt. Ohne Sozialistengesetz wäre der Sozialismus in Amerika keinenfalls, in England schwerlich so weit als er heute ist. Denn heute sind es die Deutschen, welche die ehrenvolle Rolle ausfüllen, die man ehedem den „Polen, Juden und Franzosen" zuschrieb, heute sind die deutschen Arbeiter die internationalen Aufwiegler.

Und da sage man noch, daß die Wilhelm — denn der alte Bethbruder hängt ganz besonders zäh am Sozialistengesetz — daß die Wilhelm, die Bismarck, die Puttkamer nicht wirklich ein Theil seien „von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft!"

— Auch **unsre französischen Genossen** wollen es nicht bei bloßen Sympathie-Erklärungen für die unsrer Partei bevorstehende Wahlschlacht bewenden lassen, sondern haben Schritte gethan, ihre Solidarität durch Zuführung materieller Kampfmittel zu beweisen. Der Pariser „Socialiste" bringt an der Spitze seiner letzten Nummer einen Aufruf „Zu den Waffen!" überschrieben, in welchem es am Schluß heißt:

... „Arbeiter Frankreichs! Die Arbeiterpartei, welche in Deutschland mit Wahlzettelschüssen gegen das Bismarckthum kämpft, ist dieselbe Sozialdemokratie, die vor 16 Jahren, mit Bebel, Liebknecht und Jacoby an der Spitze gegen die Fortsetzung des Krieges nach Sedan war, und welche die gewaltsame Annexion Elsaß-Lothringens als ein am Volke begangenes Hochverrathsverbrechen kennzeichnete.

Sozialisten Frankreichs! Diejenigen, welche vor einigen Tagen dem Hohenzollern erklärten, sie würden für einen neuen Krieg weder einen Mann noch einen Groschen bewilligen, sind Revolutionäre wie ihr. Sie kämpfen denselben Klassenkampf! Sie wollen wie ihr und wie wir der letzten und schlimmsten Sklaverei, dem Lohnsystem, ein Ende machen.

Wie ihr erstreben sie eine neue Gesellschaftsordnung, welche die Produktionsmittel und die Vertheilung des Ertrages den müßigen Eigenthümern nimmt, sie der Spekulation entreißt und sie zum allgemeinen oder Gesellschafts-Eigenthum macht. Eine Gesellschaftsordnung, welche statt des Elends, der Dienstbarkeit und der Unordnung das Wohlsein und die Freiheit Aller schaffen will.

Ihnen nicht beizustehen in dem Kampf, der sich ihnen heut aufzwingt, sie dem herrschenden Kapitalismus, der ihre Organisationen aufgelöst, ihre Blätter unterdrückt, ihre Kassen geplündert hat, ohne Hülfe zu überlassen, hieße uns selbst verrathen und die große Sache der internationalen Befreiung der Menschheit, für welche so viele der Unsern im Juni 1848 und März, April und Mai 1871 heldenhaft gefallen sind, schnöde im Stich lassen.

Zu den Waffen denn! Das heißt zu unseren Taschen, zu dem, was uns in diesen, durch die Streiks von Decazeville und Vierzon und durch spitzbübische Ausbeuter und Herrscher erschöpften Taschen noch geblieben.

Steuern wir unser Scherflein bei, stopfen wir damit die Flinten unserer Waffenbrüder jenseits der Vogesen. Und dann möge die von dieser Seite der Grenze abgefeuerte Salve das kaiserliche und kapitalistische Deutschland ins Herz treffen und vor den erschreckten Blicken der Ausbeuter die internationale Arbeitersolidarität bekräftigen, diesen nothwendigen Hebel der sozialen Revolution."

Der „Socialiste" selbst eröffnet diese Sammlung mit Fr. 40. Ferner haben eine große Zahl revolutionäre und sozialistische Zirkel in Paris und in der Provinz Resolutionen gefaßt, in welchen sie der deutschen Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu ihrem Auftreten im Reichstag kundgeben und den Wunsch ausdrücken, daß dieselbe aus dem Wahlkampf siegreich hervorgehen möge. Die meisten unter ihnen haben ebenfalls Sammlungen zu Gunsten des Wahlfonds der deutschen Sozialisten eröffnet. Können wir auch unter den obwaltenden Verhältnissen keine großen Summen erwarten, so werden wir darum doch den großen politischen Werth dieser Solidaritätsbezeugungen nicht geringer achten. Es lebe die Internationale!

— **Norddeutsche Allgemeinheit.** Bismarck's Guanoblatt hat die Frechheit gehabt, in seiner Nummer vom 25. Januar folgende Pindterei vom Stapel zu lassen:

„Hiesige Blätter nehmen Notiz davon, daß das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, der Züricher „Sozialdemokrat", bereits über 5000 Fr., die bei ihm zu Wahlzwecken eingegangen seien, quittirt hätte. Hierunter befänden sich allein 4000 Fr., welche der „Sozialdemokrat" selbst in die von ihm aufgelegte Liste subskribirt habe. Der letztere Punkt klingt sehr unwahrscheinlich. Die sozialdemokratischen Agitatoren, welche in Zürich den „Sozialdemokrat" lenken, müßten gänzlich den diesem Berufe eigenen Charakter verleugnet haben, wenn jenes Blatt es zu solchem Ersparnissen gebracht haben sollte."

Dazu bemerkt die Wiener „Gleichheit":

„Die widerwärtige Gemeinheit und Verlogenheit dieser Notiz ist nicht das ausschließlich Bemerkenswerthe an ihr; sie ist wo möglich noch mehr dumm als gemein. Es ist doch schon mehr abgeschmackt als niederträchtig, den „sozialdemokratischen Agitatoren" nachzusagen, sie „mästen sich von Arbeitergroschen", wie das vor Jahren Mode war. Wir glauben, daß das nicht einmal mehr bei dem Publikum der „Norddeutschen Allg. Zeitung" zieht.

„Wenn der Herr „Kommissionsrath" Pindter, der Redakteur dieses Blattes, von dem Gehalte leben müßte, den die Genossen beziehen, welche den „Sozialdemokrat" leiten, würde er wohl bald die Lust verlieren, das Ideale seines Blattes zu vertreten; allerdings sind sie auch darnach! Uebrigens begreifen wir vollständig den Kerger der Kostgänger des „Reptilienfonds", wenn sie sehen, daß ein Blatt, dessen Verbreitung mit den größten Strafen belegt wird, noch einen Gewinn abwirft, der überdies, was ihnen ganz unbegreiflich sein muß, nicht gestohlen, sondern für die Partei verwendet wird. Der Fall ist in der gesammten Bourgeoispresse aller Länder allerdings ganz unerhört. Zur Richtigstellung fügen

---

Feuilleton.

Der Entwurf der Menschenrechte von Jean Paul Marat.

Von Haß.

Es ist eine alte Liebhaberei von mir, die vergilbten Folianten der öffentlichen Bibliotheken durchzuschmöckern, um alte, vergessene Urkunden der Kämpfer für die Unterdrückten aufzusuchen. Vor längerer Zeit brachte ich in unserem Organ den ältesten sozialdemokratischen Aufruf aus dem Bauernkriege.

Jetzt ist mir eine ziemlich vollständige Sammlung der Werke J. P. Marat's in die Hände gefallen. Des „schmutzigen Bluthundes Marat", des Menschen „ohne Kenntnisse, Wissen und Begriffe", wie er von den Geschichtschreibern der herrschenden Klassen genannt wird.

Es möge genügen, anzuführen, daß Marat ein sehr tüchtiger Arzt war, und daß seine Werke über Elektrizität, Feuer und Licht, worin er seine eigenen Forschungen auf diesem Gebiete schildert, zum Theil auf Kosten der französischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht worden sind.

J. P. Marat wurde am 24. Mai 1743 in Genf geboren, studirte in Frankreich Medizin, bereiste England — wo er sofort in den politischen Kampf eintrat — und andere europäische Staaten und betheiligte sich 1789 in Paris an dem Kampf des Volkes um die Bastille.

Der König Ludwig XVI. hatte der Geldnoth wegen eine Volksvertretung einberufen.

Die Vertreter der Bürgerschaft wußten die Vertreter des Adels und der Geistlichkeit zu überwinden. Die Revolution — zuerst monarchisch-konstitutionell — hatte mit der Einnahme der Bastille gesiegt. Die Volksvertretung arbeitete eine Verfassung aus (1789) und stellte die Rechte der Bürger fest; Marat brachte einen Gegenentwurf ein, welchen er unter dem Titel: Projet de déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen" (Entwurf einer Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers) veröffentlichte. Mit diesem Werke beschäftigt sich gegenwärtiger Artikel.

Gefällt er Euch, Genossen, so lasse ich noch einige Auszüge aus anderen Werken Marat's folgen.

Marat gab sodann eine volksthümliche Zeitung, „Der Volksfreund", heraus. Nachdem das Königthum gänzlich gestürzt, wurde er in die Nationalversammlung gewählt.

Man kann nicht sagen, daß er seine nationalliberalen Kollegen, die Girondisten, in seinem Journal sonderlich geschont hätte. Ihnen, „den bezahlten Dienern der Reaktion, den Schönschwätzern, die nur sich selbst beweihräucherten, nicht aber das Wohl des armen Volkes anstrebten", muß er die Schuld an dem ganzen nationalen Unglück der Revolutionszeit bei.

Als einer der Ersten, welche wegen Beleidigung der Nationalversammlung vor das Revolutionstribunal gestellt waren, wurde Marat unter dem Jubel der Pariser Bevölkerung freigesprochen, aber bald darauf, am 13. Juli 1793, von einer Ex-Adeligen, Charlotte Corday d'Armans, erstochen.

Der Entwurf der Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers aus dem Jahre 1789 von Marat gibt ein anschauliches Bild der Bestrebungen dieses Mannes. Es sei mir erlaubt, die wichtigsten Punkte derselben in deutscher Uebersetzung anzuführen.

Selbst auf die Gefahr hin, daß die Redaktion wieder ein dickes Fragezeichen dabei macht, erkläre ich nach eingehenden Studien der Marat'schen Werke und Schriften im Original:

Marat war nicht nur ein edler und selbstloser Charakter, ein Mann von reinen Sitten, sondern auch in jedem Zuge ein begeisterter Vorkämpfer der Sozialdemokratie.*)

„Die gegenwärtige Nationalversammlung", so beginnt Marat, „arbeitet augenblicklich eine Verfassung aus, an deren Spitze eine Erklärung der Menschenrechte steht, allein ich muß sagen, Entwurf und Erklärung verrathen ihre Urheber, die wirklichen Volksrechte sind vernachlässigt, aufgeopfert, ja geradezu mit Füßen getreten, und zwar hauptsächlich dadurch, daß dem Königthum viel zu viel Macht eingeräumt worden ist. — — Ich habe daher einen Gegenentwurf ausgearbeitet und eingereicht, welcher jedoch von Ihnen unbeachtet geblieben. Ich lege ihn hiermit dem Volke vor:

Die Rechte des Menschen. Jedem Menschen sind gewisse Bedürfnisse des Lebens angeboren. Jeder Mensch trägt in sich das Bestreben nach menschlichem Wohlbefinden. Diese Bedürfnisse und Bestrebungen sind die Triebfedern jedes Fortschritts unseres menschlichen Geschlechts, leider aber auch die dunklen Quellen der Unterdrückungssucht in jeder Gestalt, welche die natürliche Ordnung der menschlichen Gemeinschaft stören.

Da nun die Natur und die Menschheit alles Dasjenige im Ueberfluß hervorbringen, was zur Ernährung, Bekleidung und zum allgemeinen Wohlbefinden des menschlichen Geschlechts nöthig ist, so hat jeder Einzelne das Recht, soviel von den Gaben der Natur und den Ergebnissen der menschlichen Arbeitskraft sich anzueignen, als er zu seiner und seiner Familie Nothdurft bedarf. Er hat somit das Recht, einem Andern seinen Ueberfluß zu entreißen. Ja gewiß! Statt in Elend umzukommen, sollte das Volk dem Priesterthum und seinen anderen Blutsaugern dasjenige abnehmen, was ihm zu seiner Lebensnothdurft fehlt. Nieder mit den Vorurtheilen! Entweder beweist uns, daß das angeborene Recht des Menschen nicht vorhanden ist, oder gebt die einfache Folgerung zu. Natürlich steht dem Volk auch das Recht der Gewalt zu, wenn die unrechtmäßigen Besitzer der dem Volk durch List und Gewalt gestohlenen Pfründen dem nothleidenden Volk solche vorenthalten und nicht in Güte herausgeben wollen.

Ebenso gut wie der Mensch das Recht hat, sein Leben und seine Freiheit mit den Waffen in der Hand gegen seine Unterdrücker zu vertheidigen, ebenso hat er auch das Recht, das ihm zu seiner Erhaltung Nothwendige zu beanspruchen.

Selbstverständlich ist es, daß diese Antheile an dem Gesammtbesitz, an den Gaben der Natur, allen Menschen gleichmäßig zukommen.

Die Rechte des Bürgers. Das Recht des Bürgers eines freien Staates ist nur begrenzt, wo dasselbe anfängt, einen Nebenbürger zu schädigen, denn die natürlichen Rechte des Menschen beruhen auf Gegenseitigkeit. Jedermann hat die natürlichen Rechte seines Nebenmenschen anzuerkennen, zu beachten, nur dadurch allein bleibt Jeder in dem friedlichen Genuß seiner eigenen. Der soziale Vertrag heiligt diese Rechte.

Gleich wie die Rechte der Natur, müssen auch die Rechte der Bürger sein. Der Staat hat uns zu garantiren: Persönliche Sicherheit, d. h. Schutz gegen Unterdrückung, persönliche Freiheit, d. h. das Recht der Ausübung unserer physischen und geistigen Fähigkeiten. Gewährung des rechtmäßigen Antheils am nationalen Vermögen. Möglichste Gleichheit in Erlangung aller Staatsämter u. s. w. Der heutige Zustand muß abgeschafft werden. Denn nicht der wahre Verdienst gelangt gegenwärtig zum Wohlbefinden, sondern der Besitz; und nicht der Edle gelangt zum Reichthum, sondern der Schlaue, der Gewandte, der Hinterlistige. Wenn diese Eigenschaften mangeln, und wer nicht im Besitz ererbter Reichthümer sich befindet, der wird selten mehr als sein nothdürftiges Durchkommen finden.

Während die Reichen aber die allseitige Bewunderung genießen und sich aller Schönheiten der Welt erfreuen können, während sie fordern und befehlen, hat der Arme alle Leiden und Mühseligkeiten das Daseins zu ertragen. Alle niederen, ekelhaften, gesundheitswidrigen und gefahrvollen Arbeiten liegen ihm ob; dazu bürgerliche Knechtschaft und die Lasten der Abgaben.

Die Freiheit selbst, die man gegenwärtig aufrichtet, ist sie geeignet, dem Armen seine Lage zu erleichtern? Nicht im Mindesten. Mögen Revolutionen über Revolutionen eintreten, keine einzige erlöst ihn aus seiner dunklen Existenz. Das Höchste bei einer guten Staatsverwaltung ist, daß der Arme sein Stückchen schwarzes Brod etwas billiger bezahlt.

Der Staat soll erst noch aufgerichtet werden, wo das Glück des Einzelnen von seiner Arbeit, seinem Talent und seinem Genie abhängt, erst da wird die arbeitende Klasse für ihre Arbeit eine menschenwürdige Nahrung, Bekleidung und Wohnung finden. Da werden die Arbeiter Hilfe bei Krankheit, ein sorgenfreies Alter nach einem arbeitsamen Leben und eine ausreichende Erziehung für das heranwachsende Geschlecht genießen.

Wo Arbeit die Quelle alles Wohlbefindens ausmacht, wird nur ein Blödsinniger sich derselben zu entziehen suchen.

Stürzt sie um, die heutige Gesellschaft, in welcher nur wenige Privilegirte sich des Müssigganges, des Gepränges und des Vergnügens erfreuen und sich im Besitz derjenigen Güter befinden, welche von Rechtswegen den Wittwen und Waisen zukommen. Der gesunde Menschenverstand und die Gerechtigkeit fordern eine Vertheilung des Ueberflußes der Großen

---

*) Es thut uns leid, aber wir können unserem Genossen das „dicke Fragezeichen" nicht ersparen. Marat war ein Revolutionär und Demokrat, seine anscheinend sozialistischen, bezw. kommunistischen Ideen aber sind sehr vager Natur und entsprechen lediglich den Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen der radikaleren Vertreter des Bürgerthums, das damals eben noch revolutionär auftrat. Man lese nur, wie heftig derselbe Marat eines schönen Tages gegen die Maurer loszog, als diese behufs Lohnerhöhung die Arbeit einzustellen drohten.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat".

wir bei, daß die erste Rate des „Sozialdemokrat" für den Wahlfonds nicht 4000 Franken, sondern 4000 Mark beträgt."

Wir haben diesen treffenden Bemerkungen unires Bruderorgans nur noch hinzuzufügen, daß es einem Blatt, dessen Protektor sich vom verschuldeten Landjunker zum dutzendfachen Millionär emporgespart hat, und das selbst aus dem, dem Welfenkönig abgesparten Fond gespeist wird, allerdings ganz unglaublich vorkommen muß, daß andere Leute das „Sparen in die eigne Tasche" nicht verstehen sollten. Wir bösen Sozialdemokraten sind ja aber nicht nur Feinde des Eigenthums, sondern, was noch viel schlimmer, der Moral. Und die „Moral ist das Höchste", sagt Puttkamer mit dem doppelten Gehalte und der zweifachen Miethsentschädigung.

— **Ein vortrefflicher Gedanke.** In dem sehr loyalen „General-Anzeiger für Leipzig und Umgegend" finden wir in der Nummer vom 21. Januar ein Heinrich Dietz unterschriebenes Inserat folgenden Inhalts:

„Um den Herren Franzosen die Lust zum Kriege mit Deutschland zu benehmen, muß Krieg mit Frankreich die **gänzliche Umgestaltung der Vermögens- und Machtverhältnisse** aller Personen in Frankreich, welche für den Krieg durch Wort, Schrift und That gewirkt, bedeuten. — Errichtung einer französischen Nebenregierung der Friedliebenden und Bildung einer Vollstreckungsarmee, eine Art Kommune, beide zur Beseitigung der Kriegslustigen in Frankreich Hand in Hand gehend. Zweck: **Konfiskation** des Vermögens Aller, welche durch Wort, Schrift und That dem Krieg in irgend einer Weise Vorschub leisteten, zur Deckung der Kriegskosten und Ersatz des durch den Krieg verursachten Schadens. Die neue französische Regierung spricht die Annullirung aller französischen Staatsschulden aus, da dieselben zu Kriegszwecken verwendet worden. Borgt nicht zu unmoralischen Zwecken. Hierdurch wird den Vermögenden die Rente entzogen. Alle Personen, welche für den Krieg gewirkt, sind für ihre Person zu bestrafen und verlieren die Berechtigung, in Staatsangelegenheiten zu wählen oder gewählt zu werden."

Wir erklären uns mit dem Vorschlag des Herrn Dietz — der Mann ist, wenn wir recht berichtet sind, seines Zeichens ein ehrsamer Papierfabrikant — vollständig einverstanden, und können Herrn Dietz im Voraus versichern, daß auch unsere französischen Gesinnungsgenossen ihn mit Vergnügen akzeptiren werden. Nur werden sie die Erwartung aussprechen, daß, wie es nicht anders recht und billig ist, der Vorschlag auch für Deutschland gelten soll. Und Herr Dietz wird gewiß nicht den Verdacht auf sich laden wollen, als echter Pharisäer nur den Splitter der Franzosen ausziehen, den deutschen Balken aber unbehelligt lassen zu wollen. Nein, er wird uns zustimmen, daß was den französischen Bismärckern recht, den deutschen Deroulèdisten billig ist, und auch für die letzteren strengste Bestrafung, Konfiskation ihrer Vermögen ꝛc. fordern, falls ihre Hetzereien zum Krieg führen. Persönliche Haftbarkeit — hüben wie drüben.

— **Die strenge Bestrafung der nichtswürdigen Kriegshetzer** ist in der That eine Forderung, für die in jedem Volke ernsthaft Propaganda gemacht werden muß. Und da hat das deutsche Volk bei sich zu Hause mindestens so viel zu thun als die Franzosen in ihrem Lande. Gerade in diesem Moment verbreitet das Wolff'sche Telegraphenbureau wieder einen Auszug aus einem Leitartikel der Berliner „Post", der an Kriegshetzerei Alles übertrifft, was seit der berüchtigten Emser Depesche geleistet worden ist. Es ist ein wahrhaft hundsföttisches Spiel, was die Bismarck'schen Reptile — und der Reptilcharakter der „Post" und der Wolff'schen Depeschen-Agentur sind bekannt — sich da mit dem deutschen Volke zu treiben erfrechen — nur, um eine Majorität zusammenzubringen, wie Bismarck sie haben will. Systematisch suchen sie immer wieder von Neuem das deutsche Volk in eine fieberhafte Erregung zu versetzen, ihm den Glauben beizubringen, der Krieg sei unvermeidlich und sein Ausbruch stehe nahe bevor. Durch solch frevoles Wolf! Wolf! Rufen beschwören sie aber gerade die Gefahr herbei, die sie angeblich verhindern wollen. Denn sie erwecken im französischen Publikum die gleiche Furcht, und von der Furcht zum Haß ist nur ein Schritt. So wird immer neuer Zunder aufgehäuft, bis dann allerdings die Explosion unvermeidlich wird.

Wenn man nun bedenkt, worüber in sachwissenschaftlichen Kreisen alle Stimmen einig sind, daß der nächste Krieg noch viel, viel mehr Blut kosten wird als alle früheren, wenn man bedenkt, wie viel Opfer an Leben und Lebensglück auf dem Spiele stehen, dann wird man erst inne, wie schurkisch-gewissenlos das oben gekennzeichnete Spiel ist!

Wir sind sonst keine Verehrer von gewaltthätigen Rekriminationen. Aber für die Buben, die so muthwillig zum Krieg provoziren, kommt uns keine Strafe hart genug vor. Mögen sie sich das gesagt sein lassen: Auf ihr Haupt und über ihr Haupt die Verantwortung für jeden Tropfen Blutes, der infolge ihrer Provokationen vergossen werden sollte. Mit Gut und Blut mögen sie verantwortlich gemacht werden für die Folgen ihres infamen Treibens.

— **Wen trifft die Schuld?** Einen besonderen Triumph gegen den aufgelösten Reichstag glaubten die Bismärcker dadurch auszuspielen, daß sie hervorheben, die Majorität gegen das Septennat sei nur dadurch möglich gewesen, daß die Polen, die Elsässer, die Welfen ꝛc. mit derselben gestimmt — das Schimpfen auf den „polnischen Reichstag" ist ja ein bei ihnen besonders beliebtes Metier geworden. Wir wollen nun nicht die Frage aufwerfen, warum sich eben dieselben Leute denn die Bundesgenossenschaft der Elsässer, wenn es sich um Industriezölle, und die der Polen, wenn es sich um Getreidezölle handelt, so gern gefallen lassen, sondern nehmen sie einmal beim Wort und lassen die Polen, Elsässer, Welfen und die Dänen als geborene Reichsfeinde gelten, trifft nicht der Vorwurf, daß es solche überhaupt im deutschen Reichstage gibt, in erster Reihe die Macher des Reiches? Wie wurden jene Leute „Reichsfeinde", wie kamen sie als Reichsfeinde in den Reichstag? Nur dadurch, daß man das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen trat, nur dadurch, daß man nach dem Satze „Macht geht vor Recht" verfuhr. Die Theilung Polens war ein Akt brutalster Vergewaltigung, bei dem Meineid und perfider Wortbruch „von Gottes Gnaden" (Katharina II. und Friedrich Wilhelm II.) eine hervorragende Rolle spielten. Die Annexion, nicht doch, die Zurückbehaltung des dänischen Theils von Nordschleswig ist schnöder Vertragsbruch (siehe Art. V des Prager Friedens), die Annexion Hannovers durch Preußen und die Annexion Elsaß-Lothringens an das deutsche Reich stützen sich einzig und allein auf das Faustrecht. Bei keinem dieser Akte wurden die Völker, um die es sich dabei handelte, befragt, die Gewalt entschied, und wenn die Bewohner der betreffenden Landestheile „reichsfeindlich" wählen und ihre Vertreter im Reichstage „reichsfeindlich", d. h. systematisch mit der Opposition stimmen — nun, so trifft die Schuld dafür nicht diese, sondern die Vertreter und Fortsetzer der Gewaltspolitik. Wenn dereinst das deutsche Volk diese stürzt und statt dem Prinzip der Gewalt das freie Selbstbestimmungsrecht proklamirt, dann wird das freie Deutschland vielleicht eine geringe territoriale Einbuße erleiden, aber dafür nach Innen um so gefestigter und nach Außen um so stärker und vor Allem geachteter dastehen.

— **„Nichts gelernt und nichts vergessen"** müssen wir dem großen Fortschrittsgelehrten Virchow zurufen, der in einer der letzten Wählerversammlungen zu Berlin nach dem Berichte der „Vossischen Zeitung" betreffs des „Verhältnisses der Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie" folgende Weisheit zum Besten gab:

„Er und seine Freunde seien dem sozialdemokratischen Prinzip entgegen, weil sie es nicht für ein Prinzip der Freiheit, sondern der allgemeinen Knechtschaft halten. Dies zeige sich schon an den Konsequenzen, die sich nothgedrungen an die Forderung des Normal-Arbeitstages unter dann nothwendiger Fixirung der Löhne und von selbst sich ergebender Fixirung der Produktion knüpfen müssen. Was das Sozialistengesetz betrifft, so habe doch die alte Fortschrittspartei einmüthig gegen dasselbe gestimmt, und auch bei der letzten Abstimmung habe Niemand aus der Reihe der Freisinnigen für jenes Gesetz gestimmt. Die Sozialdemokraten sollten über jene Rekriminationen aus der Vergangenheit doch nicht vergessen, daß es in nächster Zukunft doch vor allen Dingen darauf ankommt, unser verfassungsmäßiges Leben auf feste Grundlage zu stellen, und daß die Sozialdemokraten ein dringendes Interesse daran haben, mitzuhelfen, daß Männer in den Reichstag kommen, welche gewillt sind, innerhalb der Grenzen des zur Zeit Erreichbaren für die Allgemeinheit freiheitliche Verhältnisse herzustellen. Wenn die Sozialdemokraten in der jetzigen heiklen Situation es als ihre Aufgabe betrachten sollten, die Liberalen anzufallen und sie zu zerfleischen, so würden sie den Gegnern der freiheitlichen Entwickelung einen größeren Dienst erweisen, als er denselben durch das Bündniß der Konservativen und Nationalliberalen geleistet werden konnte".

Dies der Bericht; daß Herr Virchow „dem sozialdemokratischen Prinzip entgegen ist", brauchte er uns nicht zu sagen, denn wäre er es nicht, so wäre er ja Sozialdemokrat und kein Fortschrittler.

Welch sonderbare Begriffe muß aber dieser fortschrittliche Professor von der „Freiheit" haben, wenn er glaubt, dadurch daß die Arbeitszeit, die Arbeitslöhne und die Produktion fixirt werden, würde die Freiheit beeinträchtigt. Nachdem wir dem Herrn Professor so passant bemerkt, daß der Sozialismus das Lohnsystem ganz beseitigen will, und folglich nicht an die Fixirung der Löhne denken kann (eigentlich sollte der gelehrte Herr Professor doch irgendwo gelesen haben, daß die Abschaffung der Lohnarbeit und somit auch des Arbeitslohnes die Fundamentalforderung des Sozialismus ist) — wollen wir an den Herrn Professor Virchow die Frage richten, ob er es als eine Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit betrachtet, daß er seine Vorlesungen an der Universität in bestimmt „fixirten" Stunden halten, und seinen Antheil an der gesellschaftlichen Arbeit nach der Uhr „fixiren" muß. Was er in den Freistunden leistet, ist natürlich seine Sache — wie die jedes Arbeiters. Nur, daß Herr Virchow als Professor sich einer größern Anzahl von Freistunden erfreut.

Was endlich die taktische Moralpredigt angeht, welche der Herr Professor am Schluß seiner Rede an die Sozialdemokraten richtet, so hätte er sich diese sehr wohl ersparen können in der Erinnerung an die Thatsache, daß die Sozialisten es sind, denen er sein letztes Mandat verdankte. Und denen er auch, falls nicht an seiner Stelle ein Sozialdemokrat durchkommt, sein nächstes Mandat verdanken wird. Die deutsche Sozialdemokratie bedarf fürwahr derartiger Mahnungen nicht, die an die Adresse der Herren Fortschrittler viel besser angebracht wären. Wenn die deutsche Sozialdemokratie — das haben wir schon früher gesagt, und wir wiederholen es jetzt — nicht stets ihrem demokratischen Programm treu geblieben wäre, dann hätten wir heute kein Sozialistengesetz und — keine Fortschrittspartei.

Vielleicht läßt Herr Professor Virchow es sich von seinem Freund Richter erklären. Der weiß es.

— **Die „Leipziger Zeitung"** ist wirklich ein Schreckenskind für die „vereinigten Ordnungsparteien". Nachdem sie vor einem halben Jahr mit den grimmigsten Reichsfeinden um die Wette die russische Politik Bismarcks angegriffen und polnische Sympathien verrathen hatte, plauderte sie neulich aus, daß die dreijährige Bewilligung des Militärbudgets vom Regierungsstandpunkte genau so gut sei wie die siebenjährige — verrieth damit also, daß die Militärfrage nicht den Grund, sondern nur den Vorwand zur Reichstagsauflösung gebildet hat. Und schließlich hat die „Leipziger Zeitung" die Offenherzigkeit so weit getrieben, einen Staatsstreich und die Beschränkung des Wahlrechts in Aussicht zu stellen. Die „Leipziger Zeitung" ist bekanntlich das Organ der sächsischen Regierung, und sie muß es also wissen.

Von dem geplanten abermaligen Raubzug auf das deutsche Volk sagt die „Leipziger Zeitung" allerdings nichts — vermuthlich weil sie ihn für selbstverständlich hält. Und da hat sie ja Recht.

— **Weitere sozialdemokratische Kandidaturen:**

Preußen: Lüneburg Tischlermeister Westphal, Kalbe-Aschersleben Wilh. Habermann, Wanzleben W. Habermann, Neuhaldensleben W. Habermann, Bielefeld Zwiener, Duisburg Wesch, Neumünster Stephan Heinzel, Eschwege Pfannkuch, Weißenfels Franz Kühn in Gera, Randow-Greifenhagen Göcki, Elbing Godau, Bochum Lehmann, Hagen Breil, Mörs Baumann, Breslau (Westen) Kräcker, Breslau (Osten) Kayser, Reichenbach i. Schl. Kühn, Waldenburg Michelsen, Schweidnitz Richter, Liegnitz Kräcker.

Kgr. Sachsen: Löbau Postelt, Zittau Postelt, Bautzen Kaden, Plauensche Grund Horn, Pirna Peters, Freiberg Riemann, Nossen Hoffmann, Oschatz Kegel, Mittweida Liebknecht, Zschopau Sust, Annaberg Riedel.

Bayern: Bayreuth Grillenberger, Kaiserslautern Löbenberg, Augsburg Vollmar, Lichtenfels-Kronach Scherm.

Baden: Freiburg Geck.

Würtemberg: Eßlingen Lutz.

Kleinere Staaten: Braunschweig II Blos, Dessau Hasenclever, Altenburg Buchwald.

— **Es wird immer besser.** Die deutsche Spitzelei hat schon manchen Beweis von Schlauheit geliefert, die biedere Dresdener scheint aber doch allen andern über zu sein. Da haben die Pfiffikusse kürzlich entdeckt, daß die Sozialdemokratie auch in die Beamten- und Lehrerkreise eindringt, aber — „helle, wie mer sinn" — haben sie auch schon ein Mittel zur Rettung entdeckt. Die Spürnasen sind jetzt, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, angewiesen, darauf zu achten, ob Lehrer und Beamte von Arbeitern gegrüßt werden. Die Unglücklichen, bei denen dies der Fall, sind nach der polizeilichen Logik natürlich — Sozialdemokraten. O du heilige Einfalt — nicht doch, o du einfältige Niedertracht!

— **„Man spürt, daß es von Röthen, auch auf den Dörfern sei."** Aus dem Mecklenburgischen schreibt man uns:

Vor Kurzem wurde die friedliche politische Ruhe eines mecklenburgischen Dorfes durch das bis dahin wohl noch nicht dagewesene Ereigniß einer „sozialdemokratischen Haussuchung" unterbrochen. Staatsanwalt und Polizei hofften gewiß ein gewichtiges Glied in dem furchtbaren Geheimbunde, mit dem die Sozialdemokratie Deutschland überzogen haben soll, zu entdecken, als sie sich aufmachten, um in Ankershagen, einem Dorfe nahe dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Penzlin, bei dem Hauslehrer des dortigen Gutsbesitzers eine Durchsuchung aller ihm gehörigen Gegenstände vorzunehmen. Da der Hauslehrer wegen der Weihnachtsferien nach Schwerin verreist war, wurden in seiner Abwesenheit seine Tische und Schränke **erbrochen** und von den aufgefundenen Zeitschriften und Broschüren mehrere Jahrgänge des „Sozialdemokrat" mit Beschlag belegt, während einige andere sozialdemokratische Druckschriften unbehelligt blieben. Der ahnungslose Hauslehrer erhielt die erste Mittheilung von diesem Vorfall erst fünf Tage nach der Durchsuchung bei einer Zeugenvernehmung, zu der derselbe geladen war, um in der Strafsache gegen einen gewissen Meßmer aus Konstanz wegen Verbreitung verbotener sozialdemokratischer Druckschriften vernommen zu werden. Der Amtsrichter erzählte dem Zeugen, daß dieser Meßmer verhaftet sei, als er in Leopoldshöhe (Baden) eine Anzahl Briefe, die den „Sozialdemokrat" enthalten hätten, zur Post befördert habe. Da unter diesen Briefen auch ein an den Zeugen gerichteter gewesen sei, und da die bei demselben stattgefundene Haussuchung eine Anzahl verbotener Druckschriften in dessen Besitz befindlich ergeben hätte, so glaubte der Richter auf eine Verbindung des Zeugen mit dem Verhafteten schließen zu müssen.*) Doch da der Zeuge sich nicht erinnerte, Briefumschläge mit ähnlicher Handschrift wie der auf dem bei Meßmer beschlagnahmten je erhalten zu haben, er auch auf weiteres Befragen angab, sich die bei ihm vorgefundenen sozialdemokratischen Drucksachen theils — vor deren Verbot — durch deutsche Buchhandlungen, theils durch schweizerische, entweder auf direkte Bestellung oder mittels eines Bekannten verschafft zu haben, so suchte der Richter den Zeugen durch die, von einer wahrhaft verblüffenden politischen Einsicht zeugenden Anrede: „Nicht wahr, Sie sind Anarchist?" zu einer belastenden Aeußerung zu veranlassen.

Als Seitenstück zu diesem Hauptpolitiker in richterlicher Robe seien die einfachen Worte angeführt, mit denen einige schlichte ländliche Arbeiter in Ankershagen von dem Zeugen Abschied nahmen, der wegen des durch diese Haussuchung veranlaßten Skandals seine Stellung aufgeben mußte: „Na, laten Sei sick dat gaut gahen; wenn ok dat Gericht di Sei umsöcht het, so weiten wi doch, dat Sei nen ordentlichen Minschen sünd, und dat dat man blot darüm west ist, weil Sei vör uns arm Lüd sünd und wille, dat wi kläuker warden; und dat wille bei hohen Herren ja nu mal nicht lieben!" —o—

*) Sehr schlau von dem weisen Daniel. Also jeder, der unser Blatt per Brief erhält, steht in Verdacht, mit Leuten, welche in Deutschland unsere Briefe in die Briefkästen werfen, ohne **selbstverständlich** — soviel Umsicht in der Disposition dürfte man uns nachgrade doch zutrauen — eine bloße Ahnung davon zu haben, wer die Adressaten sind, und was in den Umschlägen steckt, mit diesen harmlosesten aller Sterblichen „in Verbindung zu stehen". Es ist zu abgeschmackt, um darüber lachen zu können. An solche Ungereimtheit glaubt selbst der bornirteste Untersuchungsrichter Puttkamer'scher Schule nicht. In den meisten Fällen dient solche „Untersuchung" vielmehr nur dazu, durch weiteres Fragen in anderer Beziehung auf den Strauch zu schlagen. Wir wiederholen daher, und empfehlen unsern Lesern, es sich auf's Schärfste einzuprägen, daß **Niemand gesetzlich gezwungen werden kann,** gegen sich selbst auszusagen. In allen solchen Fällen also ist jede Aussage unbedingt rundweg zu **verweigern.**

Laßt Euch nicht verblüffen! Jede Antwort, die über die konkret gestellte Frage hinausgeht, ist vom Uebel.

Von Genosse **Kayser** ist uns eine Erklärung zugegangen, in welcher er mit Bezug auf die in Nr. 3 veröffentlichte Korrespondenz aus Berlin erklärt, daß die darin angegriffene Einsendung im „Sächsischen Wochenblatt" von ihm herrühre; er halte jedoch die politische Situation des Augenblicks nicht für geeignet, den Streit fortzusetzen, sondern behalte sich vor, später auf den Inhalt der Korrespondenz zurückzukommen.

Wir können diesen Entschluß nur billigen, der gegenwärtige Moment erfordert die Zusammenfassung der Kräfte Aller gegen den gemeinsamen Feind. Deshalb glaubten wir anfangs auch, die Erklärung Kayser's überhaupt vorläufig nicht veröffentlichen zu sollen, da dieses Verfahren aber auf beiden Seiten mißverständlich aufgefaßt werden könnte, so sind wir davon zurückgekommen, glauben jedoch, mit der einfachen Erwähnung ihres sachlichen Inhalts den Geboten des Moments am besten zu entsprechen.

— **Im Dienste der Pflicht verunglückt** sind vergangene Woche drei wackere Berliner Genossen. Der Gürtler R. Rauen, der Schlosser **Paul Hensel** und der former **Otto Bachmann** wollten, von einer Vertrauensmänner-Versammlung zurückkehrend, die Wahllisten möglichst schnell in Sicherheit bringen und versuchten deshalb den Weg über den zugefrorenen Spandauer Schiffahrtskanal. Leider trug sie jedoch das Eis nicht und sie ertranken. Die Berliner Genossen haben diesen neuen Opfern des Schandgesetzes — denn ohne dieses wäre die Heimlichkeit bei den Wahlvorbereitungen nicht nöthig gewesen — am Sonnabend ein würdiges Begräbniß bereitet. **Ehre dem Andenken der Gefallenen! Möge ihr vorzeitiger Tod bald gesühnt werden.**

Korrespondenzen.

Wilhelmshaven. Seit Bestehen des „Sozialdemokrat" haben wir den knapp bemessenen Raum desselben noch nicht benutzt, jetzt aber wollen auch wir das Wort nehmen, um den Genossen in Deutschland zu zeigen, daß hier oben im äußersten Nordosten des christlich-germanischen Reiches die Sozialdemokratie auch Vorposten ausgestellt hat. Dank der Errichtung des herrlichen (!!!) Kriegshafens ist hier sozusagen Alldeutschland. Aus Angehörigen aller Gaue und Stämme deutscher Zunge ist die hiesige Bevölkerung zusammengesetzt, und nicht die Schlechtesten sind es, die hier für den Sozialismus kämpfen. Ist auch bei den Eingeborenen, den Nachkommen der Friesen und Siedinger, der ehemalige Freiheitsdrang verschwunden, sind die Bewohner des platten Landes sowie der Städte in Ostfriesland, Dank der Knechtschaft aller Art, auch versumpft, haben auch die schnapsbrennenden Nationalliberalen, die protzenhaften Doktoren und Ritter und Großbauern den Kleinbauern, ländlichen Proletarier und Kleinhandwerker mit Schnaps und preußischem Patriotismus vergiftet, so ist es diesem Gelichter doch nicht möglich, die Arbeiter Wilhelmhavens und Umgegend für sich zu gewinnen und den verruchten Sozialdemokraten ein Paroli zu bieten. Weder Schmeichelei noch Gewaltakte waren bis jetzt im Stande, die ehrlichen, denkenden Arbeiter zu gewinnen, und die Lumpen lassen wir ihnen gerne.

an Diejenigen, denen es an Allem mangelt; denn der brave Mensch, den die menschliche Gesellschaft Noth leiden läßt, bei vorhandenem Ueberfluß auf der anderen Seite, hat in seiner Noth und Hoffnungslosigkeit das Recht, in den natürlichen Urzustand einzutreten und mit den Waffen in der Hand das zur Erhaltung seiner Familie Nothwendige zu fordern. Jede Autorität, welche sich dem entgegensetzt, ist Tyrannei, und jeder Richter, der eine solche Handlung mit dem Todesurtheil belegt, ist ein Mörder. — — —

Jede bürgerliche Gemeinschaft wird gebildet durch die Zustimmung der Mitglieder. Jede Gemeinschaft muß eine gewisse Organisation besitzen. Eine gute Organisation kann nur auf folgenden Grundsätzen aufgebaut sein:

Die gesammte Bürgerschaft eines Staates ist der wahre Souverän.

Da aber die Verwaltung gewisse Organe besitzen muß, so bestimmt das Volk durch den Wahlakt eine Vertretung. Alle Bürger haben gleiches Wahlrecht. Frauen und Kinder werden durch ihre Familienhäupter repräsentirt. Kein Volksvertreter, kein Beamter, kein Minister, der nicht aus der Volkswahl hervorgegangen. Die Macht der Beamten ist nur eine ihnen auf eine gewisse Zeit übertragene Funktion. Keine Erblichkeit der Aemter, je kürzer die Dauer der Wahlzeit, um so besser. Ein Gewählter, welcher dem Willen seiner Wähler nicht entspricht, kann von Letzteren abberufen werden.

Alle Gewalten und ihre Machtbefugnisse müssen genau bestimmt und streng begrenzt sein; das größte öffentliche Unheil ist die Unabhängigkeit der Volksvertreter von ihren Wählern.

Ein von der Nationalvertretung erlassenes Gesetz hat nur erst dann Giltigkeit, wenn das gesammte Volk dazu seine Zustimmung ertheilt hat. Nur wer zehn Jahre Volksvertreter gewesen ist, darf Minister werden können.

Die Verwaltung, die Justiz, die Polizeigewalt und die Militärgewalt dürfen weder in einer Hand ruhen, noch unter derselben volksvertretenden Gesellschaft stehen.

* * *

Von den übrigen Theilen des Entwurfes führe ich nur noch die Forderung der absoluten Religionsfreiheit und die Forderung der freien Schule an. Die übrigen Punkte übergehe ich.

Es war mir darum zu thun, das Andenken Marat's wieder in ein gutes Licht zu stellen. Sicher war er ein Sozialdemokrat, wie er bei dem damaligen handwerksmäßigen Betrieb der Industrie es nur sein konnte.

„Der soziale Vertrag", sagt er, „ist ein gegenseitiger unter allen Gliedern des Staates. Jedermann muß die Menschenrechte des Anderen respektiren, wenn er die seinige geachtet wissen will.

Respekt dem Souverän, Gehorsam den Gesetzen, willige Theilnahme an den öffentlichen Lasten, Unterstützung der Unterdrückten, Wohlwollen gegen seine Volksgenossen, Liebe zum Vaterlande, wo diese Grundsätze herrschen, wird das Volk glücklich und das Staatswesen gleich weit von Despotismus wie von der Anarchie sein".

Als die Reichs-Armenreform, benamset Sozialreform, ins Leben trat, glaubte man der rothen Schlange den Kopf zertreten zu können, indem man auf der kaiserlichen Werft eine Betriebskrankenkasse errichtete, die mit so marktschreierischer Reklame angepriesen wurde, daß wirklich das Gros der Arbeiter ihre freien Hilfskassen verließ, um ja recht billig die allerhöchste Fürsorge genießen zu können. Aber nur vier Monate dauerte es, so war die kaiserliche Marineverwaltung mit ihren Versprechungen Lügen gestraft. Man hatte geglaubt, bei den vom Gesetz zulässigen niedersten Beiträgen die höchsten Leistungen geben zu können. Aber Kuchen, nach vier Monaten mußte man, um die gesetzlich vorgeschriebene Balance herzustellen, die Beiträge erhöhen und die Leistungen erniedrigen. Nach diesem Erfolg muß nun auch der blödeste Arbeiter einsehen, daß eine derartige „Sozialreform" den Namen einer solchen nicht verdient.

Die Arbeit auf der Werft ist ebenso wie in der Privatindustrie nach privatkapitalistischen Grundsätzen organisirt, und so wirken auch deren Auswüchse — Prosperität abwechselnd mit Stockung der Produktionsverhältnisse — dementsprechend auf die Löhne. Es steht fest, daß augenblicklich die Tendenz vorherrschend ist, die Löhne kräftig zu drücken. Wenn nun hiesige reaktionäre Buben und bauchrutschende Zeitungsschreiber über die Anmaßung und Unverschämtheit der Arbeiter heulen und behaupten, die kaiserlichen Werften seien für die Arbeiter ein wahres Eldorado, so ist das Lug und Trug. Denn bei einigen Betriebszweigen auf den Werften ist das Feilschen um den Stücklohn, das Drücken der Löhne um kein Haar geringer als in der schlimmsten Privat-Knochenmühle. Nur da, wo die Leiter der Betriebe anständige Leute sind, die einen gewissen Grad von Billigkeitsgefühl noch besitzen, sind die Erwerbsverhältnisse bessere. Das einzige Hervorragende ist, beiläufig gesagt, die Stetigkeit und größere Sicherheit des Erwerbs, die aber in einem Staatsbetrieb selbstverständlich zu sein pflegt. Dieser Vortheil verliert aber bedeutend durch die militärisch-bureaukratische Disziplin. Wer nun das Unglück hat, so einen anmaßenden, oft rohen, nichtswürdigen Mordspatrioten zum Vorgesetzten zu haben, der kann wahre Wunder von Unverschämtheit erleben.

Ein solcher roher, anmaßender Patron ist der Verwaltungssekretär Tom. Dieser Tagedieb herrscht über etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen — ich sage herrscht, weil er sich geberdet, als ob er über Leben und Tod seiner Untergebenen zu gebieten hätte. Nur einige seiner Niederträchtigkeiten, die er sich gegen die Arbeiter erlaubt, will ich anführen. Vor längerer Zeit glaubte er einen Arbeiter schlafend gefunden zu haben. Er schnauzte ihn also an: „Sie haben geschlafen." Der Arbeiter bestritt diese Beschuldigung, und mit Recht, da wurde der Patron so wüthend, daß er den Arbeiter vor die Brust stieß und ihn mit Drohungen und gemeinen Schimpfereien überhäufte. Einen anderen Arbeiter, der in angetrunkenem Zustande und nachdem er aufs höchste gereizt worden war, seinen Kollegen mit einem Messer verwundet, und dafür eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen verbüßt hatte, nannte er bei jeder Gelegenheit einen Mörder und Zuchthäusler. Als derselbe klagbar wurde und sich diese Schimpfereien nicht gefallen ließ, flehte der Schuft, er soll ihn doch nicht unglücklich machen — als ob er je etwas darnach gefragt hätte, wenn er einen Arbeiter aus dem Brod gebracht. Gegen die Frauen, die unter seiner Botmäßigkeit stehen, benimmt er sich besonders flegelhaft. Meist sind es bejahrte Frauen, alle aber sind Wittwen, deren Männer früher im Werftdienste gestanden. Diesen liegt die Arbeit ob, das Kojenzeug (Matratzen, Decken u. s. w.) auszubessern. Der biedere Tom verwendete sie oft zu Arbeiten, die für sie durchaus unpassend, ihrer Natur nach Männerarbeit sind. So mußten sie z. B. vorigen Winter Schnee schaufeln, wobei sie bis an die Knie im Schnee waten mußten. Vor kurzer Zeit, als eine größere Inspektion bevorstand, sagte der Bursche zu dem Magazinsaufseher, er solle die alten B..... nur ordentlich herankriegen. Die Tochter einer ihm unterstellten Frau diente bei einem Kollegen des Herrn Tom, und war von der Herrschaft angeklagt, ihr den Betrag von 8 Mark gestohlen zu haben. Herr Tom spielte nun Untersuchungsrichter, und versuchte von der Mutter ein Geständniß zu erpressen, weil die Tochter ihre Unschuld betheuerte (und auch bei der Verhandlung freigesprochen wurde). Er setzte der Frau so sehr zu, daß sie an die Schuld ihrer Tochter glaubte und der Herrschaft die angeblich gestohlenen 8 Mark zurückerstattete. Es ist nur gut, daß wir von solchen rohen Patronen nicht weitere Exemplare haben.

Im Laufe des vergangenen Sommers wollte uns ein armer Tageblättleins-Redakteur von hier bis zur Vernichtung bekämpfen, und trieb uns zu einem Beleidigungsprozeß. Er hat nun als Lohn für seine Ritterlichkeit nicht nur Hohn und Spott von Freund und Feind geerntet, sondern wurde zu einer Geldstrafe verurtheilt und hat noch die Kosten zu bezahlen. Bald mehr. X. Y. Z.

Königsberg in Pr., 27. Januar. Der Wahlkampf hat begonnen; am vergangenen Freitag hielten die hiesigen Genossen eine äußerst zahlreich besuchte Wählerversammlung ab. Godau wurde als Kandidat proklamirt. Kaum hatte er jedoch das Wort genommen, so löste schon, noch ehe er einen Satz vollendet, unser alter Intimus, Herr Böttcher, die Versammlung auf. Die Entrüstung darüber war eine schwer zu beschreibende und wenn keine „Ausschreitungen" vorkamen, ist das nur dem Eingreifen der Genossen zu danken. Ueber die Auflösung wurde Beschwerde geführt und man scheint in „maßgebenden" Kreisen ein so rigoroses Vorgehen für inopportun gehalten zu haben, wofür die Gründe vielleicht ein andermal. Nun gab wenigstens Herr v. Brand, Stellvertreter des Polizeipräsident, die Erklärung ab, die Sozialdemokraten werden in ihrer „gesetzlichen" Agitation nicht gestört werden. Vorgestern fand die zweite Versammlung in einem der größten hiesigen Säle statt. Sie war imposant; mindestens 1500 Personen standen dicht gedrängt, aufmerksam lauschend, die Ausgänge waren besetzt, auf der Straße wogte eine Menschenmenge, die Raummangels wegen nicht hatte Einlaß finden können. Godau und Herbig hielten zündende Ansprachen, ersterer hatte den Hauptvortrag übernommen. Klar und präzis legte er unsern Standpunkt gegenüber der politischen und wirthschaftlichen Lage dar, spornte alle an, ihre Pflicht zu thun, vergaß aber auch nicht, darauf hinzuweisen, daß der Stimmzettel kein Zaubermittel und daß ein Wahlkampf nur eine einzelne Schlacht sei in dem großen Emanzipationskampf des Proletariats. Die Ausführungen wurden nur von dem brausenden Beifall der Anwesenden unterbrochen. Die Stimmung hier und in den einzelnen Provinzstädten ist ausgezeichnet. In Elbing stellten die Arbeiter am vorigen Sonntag nach einem Vortrag **Godau's** diesen als Kandidaten auf. Eins ist jedenfalls gewiß: Wenn Zäsar-Bismarck in wahnsinniger Verblendung wähnt, er werde Sieger bleiben über das deutsche Volk: so täuscht er sich. Felsenfest, unüberwindbar steht ihm dasselbe gegenüber und wird doch einst triumphiren. Auch hier in der Nähe der russischen Grenze gewinnt der Sozialismus täglich neue Anhänger, und treiben es die Machthaber zum Aeußersten: nun gut — jedenfalls wird Ostpreußen keine Vendée werden.

Genosse Godau hat es in der Zahl der gegen ihn schwebenden Anklagen nun glücklich auf ein Viertel Dutzend gebracht. Die letzte ist eine wegen „geheimer Verbindung", an der natürlich noch andere betheiligt sind, da er sich allein doch nicht „geheim verbinden" kann, was freilich ein findiger Staatsanwalt ebenso leicht beweisen könnte, wie die geheime Verbindung überhaupt.

Eßlingen a. N. Seit langer Zeit hörte man von den Eßlingern in den Spalten unseres Organs kein Lebenszeichen, gestatten Sie mir nun, einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr zu machen, nicht etwa um den jammervollen Zuständen der einst so blühenden Fabrikstadt eine Jeremiade zu singen, sondern um die allgemeine Parteilage, sowie das Verhalten der wohllöblichen Obrigkeit uns gegenüber wieder einmal zu kennzeichnen.

Als erstes Stadtoberhaupt haben wir hier einen nationalservilen Streber nach dem Herzen Puttkammer's, Rick heißt der Edle. Derselbe hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle unsere Versammlungen einfach zu verbieten, wahrscheinlich in der süßen Hoffnung, baldigst seinem Amtskollegen von Cannstadt als Oberbürgermeister nachzufolgen, was beiläufig den Eßlinger Steuerzahlern gewiß angenehm sein wird. So wurde eine Versammlung, in welcher der Puttkamer'sche Streikerlaß besprochen werden sollte, auf Grund des Schandgesetzes verboten, eine zweite mit der Tagesordnung: „Das Testament Peters des Großen und die bulgarische Frage" hatte das gleiche Schicksal.

Beim Verbot der zweiten Versammlung wurde Beschwerde erhoben, dieselbe wurde jedoch vom Oberamt unter Ansetzung von 2 Mark Sporteln mit der lächerlichen Motivirung abgewiesen, das Verbot sei gerechtfertigt: 1) weil ein Sozialdemokrat den Saal bestellt habe, 2) weil gewöhnlich ein solch' unschuldiges Thema bestimmt werde, um dann Propaganda für die Sozialdemokratie zu machen.

Auch die nun weiter bei der Kreisregierung in Ludwigsburg erhobene Beschwerde wurde mit Ansetzung von 5 Mk. Sporteln abgewiesen.

Wie die Genossen daraus ersehen, geht die Polizei des Schwabenlandes gerade so gemein vor wie anderwärts, sie besteht mit einem Wort aus den elendesten Bismarcknechten.

Betrachten wir z. B. eine andere Charaktergröße der heiligen Ordnung, den Polizeiwachtmeister Berger, ein Mensch, von dem man sagen kann, jeder Zoll ein „Ehrenmann". Als vor nicht langer Zeit ein Fabrikant aus der „besseren" Gesellschaft, Namens Steiß, an kleinen Mädchen Sittlichkeitsverbrechen beging, antwortete er dem Vater eines Mädchens, welcher ihm Anzeige davon machte: Ja wissen Sie, bei so einer Familie darf man nicht so hineinfahren. Es war aber nicht nur die „Familie", sondern auch die Sache selbst, wegen der Herr Berger ein solches „Hineinfahren" für bedenklich hielt. „Was du nicht willst" ꝛc. Kurz, der Kerl ist eine wahre Ordnungsbestie. Der betreffende konservative Fabrikant erhielt übrigens einige Jahre Zuchthaus und hat nun Zeit, Studien über die christliche Moral anzustellen. Selbstverständlich verschwiegen sämmtliche Blätter den ganzen Vorfall.

Wir haben noch verschiedene Mitglieder der Eßlinger Polizei, welche brutal gemein, überhaupt Buben in Folio sind. Ihr Hauptvergnügen besteht in dem Fang von Handwerksburschen, wobei oft eine wahre Menschenjagd stattfindet. Haben sie einen armen Teufel gefangen, dann wird er solange gereizt, bis er sich an einem solchen Schurken vergreift. Und dann gibt es für die gehetzten Proletarier auf der Wachtstube Schläge und vom Amtsgericht einige Monate Gefängniß — Alles, weil sie sich ein Stückchen Brod erfochten haben.

Die elenden Henkersknechte denken nicht so weit, daß diese armen Menschen blos Opfer der heutigen Ausbeutergesellschaft sind; dazu sind sie viel zu beschränkt.

Ich werde nun mit dieser Gesellschaft schließen und zu etwas Anderem übergehen, nur das möchte ich diesen Ordnungsbanditen noch zurufen: Macht nur so fort, wir werden euch überwachen und werden alle eure Schurkereien der Oeffentlichkeit kundgeben. —

(Schluß folgt.)

Wahlappell.

Zum 21. Februar 1887.

Reißt es herunter vom Kothurne,
Der Köhler Gottesgnadenthum,
Der Herrscher Furcht sei Euer Ruhm:
Die rothen Zettel in die Urne!

Werft in die Urne Eure Zettel:
Dem Pfaffenpack durch's Mark ein Stoß!
Reißt Eure Geister lachend los
Vom Papst- und Konsistorienbettel.

Die Zettel roth! Klar zum Gefecht!
Dem Gaunerthum in's Herz den Dolch
Und Fluch dem giftgen Börsenmolch!
Gebt ihm den Rest, nehmt Euer Recht!

Die Zettel roth! — Für Eure Hütten!
Für Euer darbend Kind und Weib,
Für ihren abgehetzten Leib,
Für ihre Nothdurft wird gestritten.

Die Zettel roth! Das wird zum Segen
Für alle Armen nah und fern,
Die sonder Glück und sonder Stern
Gewandelt trüb auf dorn'gen Wegen.

Die Zettel roth! Erklärt auf's Neu
Euch für der Arbeit großes Ziel!
Bald folgt der Ernst dem Prodespiel — —
Seid fest und tapfer, frei und treu!

Reißt es herunter vom Kothurne
Das freche „Ordnungs"-Schwindlerthum,
Der Herrscher Furcht sei Euer Ruhm:
Die rothen Zettel in die Urne!

Kurt Friedrich.

Quittung.

Beim Landesausschuß der deutschen Sozialisten in der Schweiz gingen bis zum 26. Januar für den Wahlfond folgende Beiträge ein, über die hiermit quittirt wird:

Deutscher Verein Rorschach Fr. 10 —. Dtschr. Ver. Genf 150 —. Schneidergewerkschaft Chargefonds 10 60. Dtschr. Ver. Frauenfeld 12 30. Dtsch. Mitgliedschaft Chur 21 —. Sänger des Dtsch. Ver. Chur 16 —. Dtschr. Arb.-Ver Chur 13 —. Allgem. Arbeiterbildungsverein St. Gallen 71 —. Dtschr. V. Winterthur 25 —. Allgem. Arb.-Ver. Schaffhausen 40 —. Ein Kleinmeister in Ren. 4 70. J. W. Zürich 4 —. Eine Anzahl deutscher Genossen Nieder Uzwil 24 —. Ges. durch Frdrch. in Horgen 17 —. Ges. in der Sitzung des Allgemeinen Arb.-Ver. am 30/1. in Horgen 5 50.

Letzte Nachricht.

Soeben, bei Redaktionsschluß, geht uns noch aus Paris die neugegründete „Voix du Peuple" zu, in deren Leitartikel unter den Gründen des Austritts unserer Freunde Dentelle, Guesde, Soullé ꝛc. aus der Redaktion des „Cri du Peuple" (Spezielles darüber in nächster Nummer) wir auch folgenden angeführt finden:

„Man sprach, als sei es die natürlichste Sache von der Welt, davon, die deutschen Sozialisten zu entehren, indem man beim Minister und General Boulanger Unterstützungen für ihren Wahlkampf erbetteln wollte."

Unsere Freunde haben recht gethan, daß sie diesen Vorschlag schroff abgelehnt. Wir würden eine Unterstützung von dieser Seite in der That als entehrend **rundweg zurückgewiesen haben.** Von den französischen Arbeitern nehmen wir den kleinsten Betrag, jeden Sou, als ein Zeichen ihrer brüderlichen Gesinnung, gern entgegen, und es freut uns, konstatiren zu können, daß uns jeder Tag neue Beweise in dieser Hinsicht bringt. Aber für eine Unterstützung, die nur einen Sinn hat, wenn man uns als Verbündete des französischen Chauvinismus betrachtet, bedanken wir uns auf das Allerentschiedenste. Wir wollen mit ihm ebenso wenig zu thun haben wie mit dem deutschen Mordspatriotismus, er ist unser Feind, wie er der Feind der französischen Arbeiter ist.

Aufforderung.

Wir ersuchen unsere Genossen in Deutschland, von

allen Wahlflugblättern

je 2 Exemplare für das Parteiarchiv an die Unterzeichnete einzusenden.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Allgem. Wahlfonds.

Bei Schluß des Blattes sind weiter zum Wahlfonds eingegangen:

Deutscher Sozialistenclub Paris (Fr. 300 —) Mk. 240 —. Cercle socialisto du Beauvais (10 30) 8 24. Ertrag einer Kollekte nebst Adresse, deren Wortlaut in Nr. 7 folgen wird. — Zürich Dtschr. Verein (55 60) 44 48 Ueberschuß des Festes zum Besten des Wfds. Allgem. Arb.-Ver. Altstätten (11 50) 9 20.

Insgesammt: Mk. 301 92.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen ꝛc. sind eingetroffen aus Frankfurt am Main (Gedicht), Hamburg, Minden, Steele.

der Expedition: Luise: Mk. 6 — Ab. 1. Qu. u. Schst. erh. „Jungfern-Tribut" längst vergriffen. — Dtschr. Ver. Schaffhausen: Fr. 10 — s. d. Frankf. Ausgewiesenen dkd. erh. — C. G. Aarau: Fr. 12 45 Ab. 1. Qu. u. Schst. erh. Bsl. Weiteres. — C. H. Mrchn.: Mk. 3 20 Ab. 1. Qu. erh. Reicht nicht! — F. W. H. Schbch: Mk. 4 20 Ab. 1. Qu. erh. — Spitzberg: Mk. 9 — Ab. 1. Qu. u. Mk. 20 — pr. Wfd. dkd. erh. — Anvers: Fr. 16 55 Ab. 1. Qu. u. Schst., Fr. 21 — pr. Wfd. u. Fr. 1 20 pr. P.-B. dkd. erh. — Rother Kaplan: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu., Mk. 1 05 s. Schst. u. Mk. 1 85 pr. Wfd. dkd. erh. — L. Pf. Gdsf.: Mk. 3 20 Ab. 1. Qu. u. Strafporto erh. — Waldemar: Mk. 19 44 à Cto Ab. ꝛc. erh. Bsl. Weiteres. — Lappländer: 40 Pfg. s. N. T. erh. Bsl. Weiteres. — Prof. C. Sch. Mchstr.: Fr. 20 — Ab. pr. 1887 Sch. M. u. Fr. 30 — pr. Wfd. dkd. erh. Grüße allseits. — Rother Exekutor: Mk. 70 — à Cto Ab. gutgebr. Weiteres notirt u. bsl. — Allgem. Arb.-Ver. Biel: Fr. 24 — Ab. 4. Qu. u. Fr. 14 — pr. Wfd. 1. Rate ges. bei einer gemüthl. Abendunterhaltug dkd. erh. — H. Sch. i. Alloa: Mk. 8 — Ab. 1. Qu. u. Mk. 22 — s. d. Fdgr. Opfer dkd. erh. — F. Rigr. Wthur.: 50 Cts. s. Kal. 87 erh. — Stf. Lidge. Fr. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — P.-Gen. Bukarest: Fr. 148 — per Wfd. dkd. erh. Bstlg. folgt — Ldk. C. a. N.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — A. Sch. Gg. W.: öwfl. 5 — à Cto Ab. 87 erh. — Bürger Sanftmuth: Mk. 50 — à Cto Ab. erh. Bstlg. notirt. — Bierbauch: Mk. 108 76 pr. 4. Qu. erh. Cours stimmt nicht mit hiesigem. Sch. L. folgt. — Laubfrosch: Mk. 50 50 s. Schst. u. Ab. 1. Qu. erh. Nachlfrg. folgt. — Rose v. Berg, Polizeisekretär: Mk. 2 — s. 10 N. T. erh. Weiteres notifizirt. — K. Bz.: 25 Cts. s. N. T. erh. — London: Mk. 10 — v. Schauselberger u. seinen Arbeitern pr. Wfd. dkd. erh. — Rev. K. Erphm.: Fr. 9 40 pr. Ab. 86 u. 87 erh. Also pr. 2. Qu. Ihnen Fr. 1 50 zukommend. — Bern: Fr. 60 — s. d. Frankf. Opfer v. d. Mitgldschft. dtschr. Soz.; Fr. 60 — von ders. u. Dtsch. Ver. u. 35 Fr. v. d. Grütlianern u. Gewkschft. pr. Wfd. dkd. erh. — Beobachter von der Spree: Mk. 100 — à Cto Ab. 4. Qu. ꝛc. erh. Adr. geordn. Bstll. folgt. — Der rothe Paul: Mk. 5 — pr. Wfd. dkd. erh. — Agence Libre Paris: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — Rother Maulwurf H.: Mk. 9 — Ab. 1. Qu. erh. Ers. folgt. — G. B. Verviers: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — Großes Zuchthaus: Mk. 4 80 Ab. 1. Qu. Mk. u. 1 N. T. Gsch. erh. Bstlg. notirt. — W. Mch. Burnet: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — Pickelhaube: Fr. 154 — pr. Ab. u. Schst. erh. Bstlg. nach Wunsch besorgt. Bell. dkd. notifizirt. — Allg. Arb.-Ver. Lausanne: Fr. 64 05 Ab. 4. Qu. u. Schst. u. Fr. 27 55 pr. Wfd. dkd. erh. — 1871r. und Genossen: Mk. 20 — pr. Wfds. dkd. erh. — J. G. M. i. W.: Mk. 8 — Ab. 1. Qu. erh. — Rother Hans: Mk. 84 30 à Cto Ab. 4. Qu. ꝛc. erh. Bsl. Weiteres. — Gefängnißarbeitsverdienst: Mk. 1 85 s. d. Opfer des Frdgr. Schandurtheils dkd. erh. — Bstwg. St.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Gastel: 25 Cts. s. 1 N. T. erh. — Speckkuchen mit Weißbier: Mk. 17 60 pr. 86 u. à Cto 1. Qu. 87 Mk. 2 40 erh. „O wag' es doch nur" — noch dies Jahr! — Dtsch. Ver. Zürich: Fr. 15 — Ab. 4. Qu. erh. — Claus Groth: Mk. 77 76 à Cto. Ab. ꝛc. erh. — Bamberg: Mk. 10 — pr. Wfd. dkd. erh. — C. K. B.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. u. 60 Pf. à Cto 2. Qu. gutg. Weiteres notifizirt. — Rug: öwfl. 10 — erh. Hievon Fr. 5 40 pr. Ab. 1. Qu. u. Fr. 14 50 pr. Wfd. dkd. verm. Bstlg. nach Wunsch. — S. S. Fdg.: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — Joh. Schwarz: Mk. 174 60 à Cto sen. erh. Weiteres bsl. — Chr. Pommer in Limeira: Mk. 25 60 Ab pr. 1886 u. Schst. lt. Nota erh. Gruß! — M. K. Fsbg.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Sdg. unthunl. — Lustige Brüder i. E.: Mk. 16 80 Ab. 1. Qu. erh. Auch Bericht. Bescheid erst nach den Wahlen möglich. — Allg. Arb.-Ver. Luzern: Fr. 10 — s. d. Frankf. Ausgewiesenen dkd. erh. — D. B. Christiania: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — G. K. H. St.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. Bstlg. folgt. — Bzl. Sstd.: Fr. 2 10 Ab. 1. Qu. pr. N. N. erh. — M. R. Dschu.: Mk. — 10 Rest pr. 1. Qu. erh. Rückstand abgg. — B. H. D. U. Mst.: Mk. 2 — s. div. S.-D. erh. pr. 1/2 Qu. — Der Alte v. Berge: Fr. — 65 s. Schst. erh. — Dtschr. Ver. Vevey: Fr. 50 — erste Rate pr. Wfds. dkd. erh. — F. Stdg. Paris: Fr. 10 — Ab. pr. 87 erh. — B. K. Manchester: Fr. 10 — Ab. pr. 87 erh. Fr. 2 60 d. Wfds. dkd. zugew. — C. H. Aftdt.. Mk. 10 — Ab. bis Ende April erh. Adr. notirt. — N. N. N. a. d. S.: Mk. — 80 s. N. T. erh. — Sch. Bln.: Mk. 17 60 Ab. 1. Qu. erh. Bsl. mehr. — Blaschke: öwfl. 1 80 Ab. 1. Qu. erh. Her damit! — F. de Rhr. London: Fr. 1 50 s. Schst. erh. — M. R. Bog.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. — Diable: Mk. 59 60 Ab. pr. 1887 erh. Mk. 4 40 haben Sie noch gut. — Panzerschiff: Mk. 3 — pr. Ab. gutgebr. Bsl. mehr. — R. Z. Rj.: öwfl. 1 — à Cto Ab. erh. Weiteres s. — H. H. Ofsn.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — A. A. Stockholm: Mk. 8 50 s. Schst. erh. Bstlg. folgt. S.-D. bisher prompt abgesandt, muß also dort hapern. Bsl. mehr. — -h.: Mk. 72 — à Cto erh. Adr. notirt. Weiteres lt. Bf. v. 27/1. — Morgenroth R.: Mk. 14 — à Cto Ab. ꝛc. erh. — Feuerhannes Rbr.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. notirt. — C. Fr. plgd. Bthn.: Mk. 3 — s. Schst. erh. Weiteres folgt. S. St. Bpst.: öwfl. 1 — s. Schst. erh. Sdg. abg. — Dr. Clemm: Mk. 62 — à Cto Ab ꝛc. erh. Mk. 11 70 pr. Gsrch. gutgebr. Adr. geordn. Weiteres erw. — Cato: Mk. 6 50 s. d. Opfer d. Frdg. Justizmörder dkd. erh. — Basel: Fr. 20 — v. Dtschn. Ver. pr. Wfd. dkd. erh. — X 3 V: Mk. 20 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Weiteres nach Vorschr. Bsl. mehr. — Rodrigo: Mk. 8 80 Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — Serlow: Fr. — 40 für N. T. ꝛc. erh. Sdg. am 28/1. abg. — L. L. B. N. K.: Mk. 5 50 Ab. 1. Qu. u. Schst. erh. Mk. 2 — à Cto. 2. Qu. gutgebr. — D. O. Bm.: Mk. 4 — Portoersatz pr. 1/7–31/12. erh. — H. J. Stg.: 50 Pfg. s. Schst. erh. — J. Schy. Brüssel: Fr. 2 — s. div. N. T. erh. — Die Rothen H. H.: Mk. 55 — s. Ab. u. Schst. erh. — J. L. Mz.: Mk. 3 50 Ab. 1. Qu. erh. — F. B. 5 ffg.: Fr. 2 40 Ab. 1. Qu. ꝛc. pr. N. N. erh. — F. Rf. Bern: Fr. 2 10 Ab. 1. Qu. pr. N. N. erh. — D. N. Zug: Fr. 2 10 s. Schst. pr. N. N. erh. — C. T. Basel: Fr. 5 30 s. Schst. pr. N. N. erh.

Anzeigen.

Soeben erschien und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XI. **Wilhelm Weitling.** Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhange dargestellt von Emil Kaler.

Preis: 50 Pf. = 65 Cts.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek" werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Volksbuchhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat"
Hottingen-Zürich.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.